

DhZ-Kongress

5. Monitoring der Energiewende

Freitag, 09. Dezember 2016, 11:30 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft,

ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem „Deutschland hat Zukunft-Kongress“, bei dem wir heute unser 5. vbw Energiewende-Monitoring vorstellen.

Im Fokus steht auch dieses Mal die Strompreisentwicklung. Es sind nicht etwa steigende Preise an der Strombörse. Die sinken sogar. Was die Verbraucherpreise treibt, sind die staatlich veranlassten Kosten.

Von 2000 bis 2025 wird uns die Energiewende nach Experteneinschätzung allein im Strombereich 520 Milliarden Euro kosten. Das ist dramatisch.

Der größte Brocken ist die EEG-Umlage:

- Allein dafür müssen die Stromverbraucher bis 2025 rund 407 Milliarden Euro zahlen.

Hinzu kommen unter anderem:

- 55 Milliarden Euro für den Netzausbau,
- 18 Milliarden Euro an Zuschüssen für die Kraft-Wärme-Kopplung und

- 12 Milliarden Euro für die Forschungsförderung von Bund und Ländern.

Bis 2015 sind von den 520 Milliarden Euro erst rund 150 Milliarden Euro angefallen.

Das heißt: Das Gros der Kosten muss noch bezahlt werden.

Das muss unsere Volkswirtschaft schultern. Gut die Hälfte davon entfällt auf die gewerbliche Wirtschaft, rund ein Drittel auf die privaten Haushalte.

Den Rest tragen vor allem öffentliche Einrichtungen und der Verkehrssektor.

Besonders betroffen sind Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und nicht unter die besondere Ausgleichsregelung des EEG fallen.

Weitere Belastungen drohen der Wirtschaft mit dem Klimaschutzplan 2050.

Die darin festgelegten Einsparziele für CO₂-Emissionen gehen weit über globale und europäische Vorgaben hinaus.

Hauptbetroffener ist wieder die Wirtschaft. Dabei sind gerade die deutschen Unternehmen vorbildlich:

Trotz Anstiegs der Produktion hat die deutsche Industrie ihre CO₂-Emissionen von 1990 bis 2014 um 36 Prozent verringert. Das ist eine gewaltige Leistung.

Damit ist das wirtschaftlich Erreichbare weitgehend ausgeschöpft. Dennoch fordert der Klimaschutzplan von der Industrie, in den nächsten 14 Jahren weitere 15 Prozent einzusparen.

Das beweist einmal mehr, dass die Sektorziele im Klimaschutzplan nach Gutdünken und ohne vorherige Folgenabschätzung, ohne umfassende und seriöse Bewertung aufgestellt wurden.

Mit den deutschen Alleingängen in Europa muss endlich Schluss sein.

Wenn für unsere Unternehmen weitere und ständig höhere Anforderungen gelten als an ausländischen Standorten, ist das Gift für die Wirtschaft.

Meine Damen und Herren,

die vbw beobachtet deshalb den Umbau unserer Energieversorgung sehr aufmerksam.

Die Prognos AG erstellt dazu im Auftrag der vbw seit 2012 jährlich ein Energiewende-Monitoring.

Die wissenschaftliche Untersuchung konzentriert sich auf folgende vier Punkte:

- 1) Versorgungssicherheit
- 2) Wirtschaftlichkeit
- 3) Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- 4) Umweltverträglichkeit

Anhand dieser Kriterien zeigt das Monitoring, wie die Energiewende vorankommt und bewertet diese nach dem Ampelsystem mit grün, gelb, rot.

Ich begrüße an dieser Stelle Herrn Dr. Michael Schlesinger von der Prognos AG. Er wird Ihnen später die Fakten des 5. vbw Energiewende-Monitorings näher erläutern.

Doch zunächst möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick geben.

Fünftes vbw Energiewende-Monitoring:

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Die Stromversorgung in Deutschland und Bayern ist nach wie vor sicher. Allerdings kommt das für den Verbraucher teuer.
- Die Strompreise liegen im internationalen Vergleich an der Spitze und sie werden weiter steigen.
- Bei der Energieeffizienz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien verfehlt Deutschland seinen Zielpfad. Bayern steht hier besser da.

- Die CO₂-Emissionen lagen in Bayern über dem Zielpfad, in Deutschland sogar erheblich.

Insgesamt wird deutlich: Die Energiewende steckt zum Teil fest.

Am besten sieht es noch bei der Versorgungssicherheit aus:

1. Versorgungssicherheit

2015 stand in Deutschland und Bayern ausreichend gesicherte Leistung zur Verfügung, um den Strombedarf auch in Spitzenzeiten zu decken.

In Bayern ging im Vergleich zum letzten Monitoring die Bewertung der Versorgungssicherheit vor allem nach Stilllegung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld etwas zurück.

Beim deutschen Leitungsausbau sehen wir Fortschritte.

Sorge bereitet uns allerdings die Netzstabilität. Mit dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien ist die gesamte Erzeugungsleistung in Deutschland 2015 auf 195 Gigawatt gestiegen.

Die Hälfte davon entfällt auf volatile erneuerbare Energien, insbesondere auf Windkraft im Norden.

Dadurch stieg der Aufwand der Netzbetreiber zur Stabilisierung des überlasteten Stromnetzes deutlich:

Da es an genügend Transportleistung im deutschen Stromnetz fehlt, wird vor allem Wind im Norden abgeregelt, fossile Kraftwerke im Süden werden hochgefahren.

Besonders beim Netzbetreiber Tennet hat sich die Zahl solcher Eingriffe im letzten Jahr dramatisch erhöht:

- von 5.000 Stunden 2014
auf über 9.000 Stunden 2015

Das Anwachsen der Maßnahmen zur Sicherung der Netzstabilität wird zu einem immer größeren Kostenfaktor:

2015 kostete das bereits mehr als eine Milliarde Euro. Das war eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg wird sich weiter fortsetzen. Die Bundesnetzagentur geht ab 2020 von mehr als vier Milliarden Euro jährlich aus. Auch diese Kosten muss der Stromkunde mit dem Strompreis bezahlen.

Wie vieles andere ist auch das eine Folge eines fehlenden energiewirtschaftlichen Gesamtkonzepts.

Deutschland braucht endlich eine in sich geschlossene Langfristplanung, in der

- Erzeugung,
- Verbrauch,
- Transport,
- Energieeffizienz und
- Speicherlösungen

zeitlich und räumlich aufeinander abgestimmt sind und auch die Kosten genannt werden.

2. Wirtschaftlichkeit / Strompreise

Es ist nicht verwunderlich, dass unser Monitoring auch in diesem Jahr beim Thema Wirtschaftlichkeit eine tiefrote Ampel zeigt.

Bei den Industriestrompreisen gilt: Nur in Italien und Malta mussten Unternehmen mehr zahlen als bei uns. In den anderen EU-Ländern sind die Kosten weitaus niedriger.

In Deutschland zahlen Unternehmer zum Beispiel rund 50 Prozent mehr für den Strom als in Frankreich, das Doppelte wie in den USA und 90 Prozent mehr als in Polen.

Auch beim Haushaltsstrom hat Deutschland im europäischen Vergleich Spitzenpreise: Von den 28 EU-Staaten zahlen nur Haushalte in Dänemark mehr als die Bürger bei uns.

Hauptpreistreiber ist und bleibt das EEG.

- 2015 betrug die EEG-Umlage 6,17 Cent pro Kilowattstunde,
- 2016 liegt die EEG-Umlage bei 6,35 Cent pro Kilowattstunde und
- 2017 werden es 6,88 Cent pro Kilowattstunde sein.

2016 beläuft sich die EEG-Förderung auf insgesamt 23 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon zahlen Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleister.

Mit der Förderung sollte ursprünglich die Nischenbranche der Erneuerbaren marktfähig gemacht werden.

Die Nischenförderung ist aber längst zur üppigen Breitenförderung geworden. Sie hat eine Subventionsspirale in Gang gesetzt, die sich unvermindert weiter dreht.

Hieran ändert auch die jüngste EEG-Novelle erst einmal nichts.

Dazu kommt der Anstieg der Netzentgelte aufgrund der notwendigen Maßnahmen zur Netzstabilisierung.

Der Netzbetreiber Tennet hat bereits für 2017 eine deutliche Erhöhung der Netzentgelte um 80 Prozent angekündigt.

Wir sehen die Kostensteigerung auf breiter Front. Da darf die Politik nicht länger tatenlos zusehen.

Die hohen Strompreise werden für unseren Standort und die Unternehmen zu einem immer gravierenderen Nachteil im internationalen Wettbewerb.

Wir brauchen kurzfristig eine Strompreisbremse. Ein wirksamer Hebel wäre das Streichen der Stromsteuer.

Auch ein Streckungsfonds zur Deckelung der Förderkosten für den Ausbau der Erneuerbaren ist sinnvoll. Ich begrüße, dass es hierzu vor kurzem einen Vorstoß von Frau Staatsministerin Aigner gab.

Was wir allerdings ablehnen, ist eine teilweise Finanzierung der EEG-Umlage über neue Steuern oder Abgaben auf andere Energieträger im Wärmemarkt.

Wer die EEG-Umlage auf Strom senken und eine neue Abgabe auf Heizöl und Gas einführen will, verschleiert das Problem nur, entlastet aber unter dem Strich nicht die Energieverbraucher.

Notwendig ist nicht Kosmetik, sondern eine ehrliche Kostenwende.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch eine aktuelle repräsentative Umfrage der vbw unter 1.000 Firmen im Freistaat, bei der sich drei Viertel der Unternehmen gegen die Einführung weiterer Abgaben auf fossile Energieträger ausgesprochen haben.

Um Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland zu halten, müssen unsere Strompreise auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sinken.

Das wird aber nur gehen, wenn wir die vollständige Marktintegration der erneuerbaren Energien zügig vorantreiben und uns vom EEG verabschieden.

3. Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Zur Bewertung der Energieeffizienz in Deutschland und Bayern zieht das Monitoring als Kriterien den Stromverbrauch und die sogenannte Stromintensität heran.

Bei der Stromintensität sind wir auf einem sehr guten Weg: Die Strommenge, die nötig ist, um eine Produktionseinheit zu erzeugen ist seit dem letzten Monitoring weiter gesunken.

In Deutschland ging die Stromintensität von 2009 bis 2015 um 14 Prozent zurück. Im Freistaat konnte die Stromintensität im gleichen Zeitraum sogar um 28 Prozent gesenkt werden.

Das zeigt: Der sparsame Umgang mit Energie ist für die Wirtschaft ein sehr wichtiges Thema, das gerade

in bayerischen Unternehmen seit Jahren einen besonderen Stellenwert hat.

4. Umweltverträglichkeit

Auch bei der Umweltverträglichkeit setzt das Monitoring Deutschland auf Rot.

Von dem vorgegebenen Weg, die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, wurde 2015 deutlich abgewichen.

Das Bayerische Energieprogramm schreibt einen Zielwert von 5,5 Tonnen CO₂ pro Kopf bis 2025 vor. Auch hier ist es 2015 nicht gelungen, im Plan zu sein.

Die Monitoring-Bewertung zeigt gelb. Trotz Milliardenförderung wird auch bei der Umweltverträglichkeit das vorgegebene Ziel nicht erreicht.

Dennoch beschließt die Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 weitere tonnenscharfe Einsparziele für die einzelnen Sektoren, und zwar

wieder, ohne die Machbarkeit und die ökonomischen und sozialen Folgen vorher geprüft zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das 5. vbw Energiewende-Monitoring und die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen ganz deutlich:

Es ist allerhöchste Zeit, die energie- und klimapolitischen Anforderungen in Deutschland nicht länger zu überziehen, sondern die berechtigten Interessen aller sorgfältig untereinander und zueinander abzuwägen.

Dafür fordern wir ein in sich geschlossenes energiepolitisches Gesamtkonzept. Das ist auch notwendig, um Planungssicherheit für die Investitionen der Unternehmen zu erreichen.

Für die Wirtschaft heißt das: Die Energieversorgung in Deutschland muss

- sicher,
- umweltverträglich und

- zu wettbewerbsfähigen Preisen erfolgen.

Alle drei Ziele müssen gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Dafür wird sich die bayerische Wirtschaft weiter einsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!